

## Die muslimische Welt in Deutschland

*Joachim Nowak*  
st.aloysius@t-online.de



Geb. 1953 in Tarnau, Krs. Oppeln. Dr. theol. Studien in Neisse, Lublin und Oppeln. Priesterweihe 1978 in Oppeln. Ab 1981 im Erzbistum Paderborn in der Gemeinde- und Militärseelsorge tätig. Seit 1995 Pfarrer der St. Aloysius Gemeinde in Dortmund. 2002 promovierte er bei Prof. Dr. habil. Alfons Nossol in Oppeln im Fachbereich Dogmatik. Seit seiner Studienzeit beschäftigt er sich mit dem Thema Tod. Teilnahme an mehreren Symposien im Inland und Ausland. Nowak ist Autor von mehreren Büchern und Artikeln im Bereich der Eschatologie und Ökumene sowie Verfasser des Buches *Faszination Israel*, Hildesheim: Bernward-Verlag 1994.

Die Welt der Muslime in Deutschland hat viele Facetten. Die jüngste unter den Weltreligionen ist zugleich die zahlenmäßig stärkste unter den nichtchristlichen Religionen und die am schnellsten wachsende – vor allem in Europa und im deutschen Sprachraum.

Insgesamt schätzt man, dass sich gegenwärtig etwa 1,3 Milliarden Menschen zum Islam bekennen, die sich vor allem auf etwa 50 Staaten mit einem Bevölkerungsanteil von mehr als 10% verteilen<sup>1</sup>. In Europa stellen etwa 50 Millionen Muslime bei einer Gesamtbevölkerung von 700 Millionen Menschen eine immer sichtbarer werdende Minderheit von etwa 7 Prozent der Bevölkerung dar<sup>2</sup>.

Der Islam ist in Deutschland nach dem Christentum die Glaubensrichtung, mit den meisten Anhängern. Derzeit bekennen sich über

<sup>1</sup> G. Hierzenberger, *Der Islam*, Wiesbaden 2006, S. 7.

<sup>2</sup> Vgl. K. Hafez, *Freiheit, Gleichheit und Intoleranz. Der Islam in der liberalen Gesellschaft Deutschlands und Europas*, Bielefeld 2013, S. 8.

4 Millionen Muslime in Deutschland (ca. 5% der in Deutschland lebenden Menschen) aus 49 Staaten zu dieser Religion<sup>3</sup>, rund 1,8 Millionen sind deutsche Staatsangehörige<sup>4</sup>. Es ist eine starke Minderheit<sup>5</sup>. Deshalb zwingt sie die christliche Mehrheitsbevölkerung in Deutschland, sich mit den Grundzügen des Islam vertraut zu machen. Mehr als 700.000 muslimische Jugendliche gehen in die deutschen Schulen<sup>6</sup>. Der Islam ist aufgrund der Bevölkerungsentwicklung in Deutschland vorwiegend türkisch geprägt. Im Jahr 2008 hatten rund 63% der in Deutschland lebenden Muslime einen türkischen Migrationshintergrund<sup>7</sup>, was auf die Anwerbung von Arbeitsmigranten, damals Gastarbeiter genannt, aus der Türkei in den 1960er und 1970er Jahren zurückzuführen ist. Andere Muslime stammen aus Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Iran, Marokko, Afghanistan, Libanon, Pakistan, Syrien und Tunesien. Seit dem Jahr 2006 streben Muslime und Nichtmuslime in der Deutschen Islamkonferenz an, eine religions- und gesellschaftspolitische Integration der muslimischen Bevölkerung in Deutschland zu erreichen.

Da der Islam keine kirchenähnliche Organisationsstruktur aufweist und wegen seiner sehr unterschiedlichen Ausrichtung keine gemeinsame Leitung hat, kam bisher in Deutschland der Abschluss einer rechtlichen Regelung zwischen Staat und Religionsgemeinschaft nicht zustande<sup>8</sup>.

Es sind kaum die andersartige Spiritualität oder das exotische Lebensgefühl, wodurch das Interesse der Europäer am Islam geweckt wurde und zu „Übertritten“ geführt hat. Es waren einerseits die Wellen von Gastarbeitern, die seit der Mitte des vorigen Jh. aus südlicher, südöstlicher und östlicher Richtung nach Westeuropa strömten, andererseits gewaltige Migrations- und Flüchtlingsströme in den vergangenen Jahren, durch die sich die Zahl der Muslime im deutschen Sprachraum, aber auch in Skandinavien und in fast allen EU-Ländern vervielfacht hat<sup>9</sup>.

---

<sup>3</sup> 63% davon sind türkischer Herkunft.

<sup>4</sup> Zahl der Muslime in Deutschland, [www.deutsche-islam-konferenz.de](http://www.deutsche-islam-konferenz.de) (Stand: 2008).

<sup>5</sup> Zahlen vom Bundesministerium des Innern sowie aus der im Juni 2009 vorgestellten Studie des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) „Muslimisches Leben in Deutschland“, [www.bamf.de](http://www.bamf.de). [Zugang: 10.02.2015].

<sup>6</sup> A. Günthör, *Sind alle Religionen gleich? Die Antwort Papst Benedikts XVI.*, Regensburg 2007, S. 10.

<sup>7</sup> Ebd.

<sup>8</sup> Vgl. G. Hierzenberger, *Der Islam*, op. cit., S. 131.

<sup>9</sup> Vgl. ebd.

## 1. Geschichte

Der Theologe Abraham Hinckelmann ließ im Jahr 1694 in Hamburg den Koran auf Arabisch drucken. Diese Koranausgabe war nach der aus Venedig von ca. 1537/38 erst die zweite Herausgabe des Buches, die weltweit jemals gedruckt wurde (in der islamischen Welt kam der Buchdruck erst im 19. Jahrhundert auf)<sup>10</sup>.

Dem deutschen Journalisten Muhammad Salim Abdullah zufolge sei von dem preußischen König Friedrich Wilhelm I. mit dem Dekret zu Potsdam 1731 für muslimische Infanteristen, die er als Geschenk erhielt, am Langen Stall in Potsdam ein Saal als „erste Moschee“ errichtet worden; im Jahr 1739 sei zudem die erste islamische Gemeindegründung auf deutschem Boden erfolgt. Dem widerspricht der katholische Theologe Thomas Lemmen: Aus einer zeitgenössischen Quelle gehe hervor, jene Muslime hätten sich nur vorübergehend dort aufgehalten. Im Jahr 1798 verstarb der osmanische Gesandte Ali Aziz Efendi, daraufhin stellte der preußische König Friedrich Wilhelm III. zu seiner Bestattung ein Gelände zur Verfügung. Es folgte noch ein Tausch des Geländes. Dieses neue Gelände bildete den Grundstein des bis heute benutzten türkisch-islamischen Friedhofs am Columbiadamm in Berlin. Auf Betreiben der Nachrichtenstelle für den Orient wurde seit Beginn des Ersten Weltkrieges das Halbmondlager in Wünsdorf bei Zossen in der Nähe von Berlin errichtet, in dem bis zu 30.000 meist muslimische Kriegsgefangene interniert waren. 1914/1915 wurde im Halbmondlager die erste funktionierende Moschee auf deutschem Boden gebaut. Wegen Einsturzgefahr wurde die aus Holz gebaute Moschee 1924 geschlossen und 1925/26 abgerissen. Im Jahr 1924 wurde in Berlin-Wilmersdorf von der muslimischen Ahmadyyia-Gemeinde der Grundstein für die erste feste Moschee Deutschlands gelegt.

Der hauptsächliche Grund für die Zunahme des Islams in Deutschland, der bis in die 1960er Jahre nur eine sehr geringfügige Rolle spielte, ist die Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte, bedingt durch Anwerbeabkommen mit muslimischen Staaten und den anschließenden dauerhaften Aufenthalt mit Familienzusammenführung, die von der Bundesrepublik Deutschland von 1961 (Abkommen mit der Türkei über Anwerbung von Gastarbeitern) bis 1973 betrieben wurde. Der Aufenthalt in Deutschland war dabei ursprünglich als zeitlich begrenzt vorgesehen, bei Muslimen gab es bis in die 1960er vermehrt die Absicht einer Rückkehr in das Heimatland. In den 1980er und 1990er

---

<sup>10</sup> H. Bobzin, *Der Koran. Eine Einführung*, München 1999, S. 105,107.

Jahren kamen schließlich auch vielfach Muslime aus anderen Staaten, wobei es sich dabei um Flucht bzw. Asylsuchende handelte. Unter derartigen Gruppen befanden sich beispielsweise die Iraner, die im Zuge der Islamischen Revolution 1979 in die Bundesrepublik flüchteten, oder die Afghanen, die in Folge des Bürgerkrieges bzw. des Sowjetisch-Afghanischen Krieges in Westdeutschland Zuflucht suchten. Auch bei Libanesen, Bosniern und Kosovo-Albanern war Krieg im Heimatland der Grund für die Emigration. Da eine Rückkehr bei vielen Muslimen immer mehr in den Hintergrund trat, entstand allmählich eine religiöse Infrastruktur. In den 1970ern wurden die ersten Moscheevereine gegründet, ab den 1990ern wurden vermehrt repräsentative Moscheen errichtet<sup>11</sup>.

Im Jahr 2006 fand in Berlin die erste Deutsche Islamkonferenz statt, die einberufen wurde, um einen Dialog zwischen dem deutschen Staat und den Muslimen in der Bundesrepublik herzustellen. Ab 2011 werden an deutschen Universitäten Imame ausgebildet.

Als erstes Bundesland überhaupt unterzeichnete 2012 der Senat Hamburg mit den muslimischen Verbänden DITIB<sup>12</sup>, SCHURA<sup>13</sup> und dem Islamischen Verband der Kulturzentren sowie den Aleviten einen Staatsvertrag. Darin geregelt sind unter anderem die Gleichstellung von islamischen mit christlichen Feiertagen sowie die Bestattung nach islamischem Ritus. Und in Baden-Württemberg will die Landesregierung den Muslimen einen Sitz im SWR-Rundfunkrat geben.

## 2. Islamische Organisationen

In Deutschland existieren eine Vielzahl von islamischen Verbänden und Vereinen. Die mitgliederstärkste muslimische Organisation stellt die DITIB dar. Sie untersteht dem türkischen staatlichen Präsidium für Religiöse Angelegenheiten und besitzt mit fast 900 Moscheegemeinden den größten Einfluss. Zusammen mit weiteren Dachverbänden wie dem Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland<sup>14</sup>, dem Zentralrat der Muslime in Deutschland<sup>15</sup> und dem Verband der Islamischen Kulturzentren<sup>16</sup> gründete sie im Jahr 2007 auf der Deutschen Islamkonferenz den Koordinationsrat der Muslime in Deutsch-

<sup>11</sup> Vgl. F. Sen, H. Aydin, *Islam in Deutschland*, München 2002, S. 13 f.

<sup>12</sup> Türkisch-islamische Union der Anstalt für Religionen e.V.

<sup>13</sup> Rat der islamischen Gemeinschaften in Hamburg e.V.

<sup>14</sup> IR.

<sup>15</sup> ZMD.

<sup>16</sup> VIKZ.

land. Insgesamt sind ungefähr 20% der deutschen Muslime Mitglieder in religiösen Vereinen oder Gemeinden.

Eine Vermittlerrolle zwischen diesen zumeist konservativen Organisationen und der in Deutschland zunehmenden Islamkritik bildet der 2010 gegründete Liberal-Islamische Bund unter dem Vorsitz von Lamyia Kaddor. Er ist wie alle Organisationen religiös ausgerichtet, vertritt jedoch liberale Positionen und befürwortet z.B. die gleichgeschlechtliche Ehe und lehnt eine religiöse Verpflichtung zum Tragen des Kopftuches ab.

Einzelne Organisationen, die Mitglied in einem der genannten Verbände sind, sind unter anderen: Islamische Gemeinschaft in Deutschland, Islamische Gemeinschaft Milli Görüs, Deutsche Muslim-Liga, Muslimische Jugend in Deutschland<sup>17</sup>, Muslimische Akademie in Deutschland.

Daneben gibt es in vielen Städten einen Deutschsprachigen Muslimkreis<sup>18</sup>, so z. B. in Berlin, Hannover, Braunschweig, Karlsruhe, Stuttgart und Darmstadt.

### 3. Der Islam im Bildungssystem

#### 3.1. Islamunterricht

Am Beispiel des Islamunterrichts an den Schulen in Deutschland sieht man den Fortschritt an Toleranz.

Im Jahr 1978 wurde in Deutschland erstmals ein Antrag auf islamischen Religionsunterricht gestellt. In den 1980er Jahren führten die Bundesländer Bayern und Nordrhein-Westfalen großflächig „religiöse Unterweisung“ für muslimische Schüler ein, allerdings nur als Bestandteil des muttersprachlichen Unterrichtes Türkisch (die Lehrpläne in Bayern wurden dabei vom türkischen Unterrichtsministerium zur Verfügung gestellt). Seit ca.

Anfang der 2000er Jahre bieten beide Länder „Islamische Unterweisung“ in deutscher Sprache an<sup>19</sup>.

Nach den Lehrplänen ist der Islamunterricht vielerorts jedoch kein Religionsunterricht nach konfessionellem Verständnis, sondern nur informierender Sachunterricht. Probleme bei der Umsetzung islamischen Religionsunterrichts stellen u.a. der schwierige Dialog mit den

<sup>17</sup> MJD.

<sup>18</sup> DMK.

<sup>19</sup> Vgl. D.Ch. Siedler, *Islamunterricht an deutschen Schulen: Erste Erfahrungen im nordrhein-westfälischen Schulversuch*, Vortrag in Leipzig am 21. November 2002.

islamischen Verbänden sowie fehlende Unterrichtsmaterialien und Mangel an deutschsprachigem, qualifiziertem Personal dar.

In Nordrhein-Westfalen wird seit Beginn des Schuljahres 2012 als erstem Bundesland in Deutschland islamischer Religionsunterricht an 33 Grundschulen unterrichtet – mit Noten und auf Deutsch, dem katholischen und evangelischen Religionsunterricht vergleichbar. Modellversuche gibt es darüber hinaus in fast allen westdeutschen Bundesländern. In Bayern besuchten 2012 etwa rund zehn Prozent aller muslimischen Kinder einen islamischen Religionsunterricht. In Hessen sind Verhandlungen mit der türkischen DITIB und dem Ahmaddiyya-Verband als Kooperationspartner für ein reguläres Schulfach weit fortgeschritten. In Deutschland gibt es rund 900.000 muslimische Schüler. Die Bundesländer, in denen Muslime leben, haben die Einführung und Etablierung eines konfessionellen Religionsunterrichts überarbeitet.

Das zeigt, dass der deutsche Staat den Islamunterricht an deutschen Schulen positiv sieht.

### 3.2. Islamische Theologie

Zu Beginn des Jahres 2010 beschloss der Wissenschaftsrat, „Islamische Zentren“ an deutschen Universitäten einzurichten. Damals waren anfänglich zwei oder drei Standorte geplant, an denen eine bekenntnisorientierte islamische Forschung bzw. Ausbildung für Imame stattfinden solle. Die Universität Osnabrück bot im selben Jahr Imamen Weiterbildungskurse an, in denen sich die muslimischen Geistlichen mit der deutschen Sprache, Landeskunde und pädagogischen Grundlagen auseinandersetzen; die Universität Osnabrück war die erste deutsche Hochschule mit einem solchen Angebot.

An den Universitäten von Tübingen, Münster und Osnabrück wurden ab dem Wintersemester 2010/2011 dann erstmals Studiengänge für islamische Theologie angeboten, welche vom Bund gefördert werden<sup>20</sup>.

Im Wintersemester 2011/2012 nahm schließlich das „Zentrum für Islamische Theologie“ der Universität Tübingen seine Tätigkeit auf, welches am 16. Januar 2012 eingeweiht wurde und dass neben Islamwissenschaftlern eben auch Imame und islamische Religionslehrer ausbilden soll. Zur Zeit wird die Ausbildung von Lehrkräften für den Religionsunterricht an 4 neu gegründeten „Zentren für islamische Theologie“ praktiziert. An diesen Zentren wurden auch weitere Studiengänge

<sup>20</sup> Bund fördert Islam-Studiengänge in Tübingen, Münster und Osnabrück, [www.zeit.de](http://www.zeit.de) [Zugang: 10.02.2015].

eingerrichtet, die muslimische Geistliche und Professionelle für die sozialpädagogische Gemeindefarbeit ausbilden. Die Zahl von Muslimen, die sich für eine Tätigkeit in pädagogischen Berufsfeldern interessiert kontinuierlich steigt<sup>21</sup>. Insgesamt stellt der Bund für den Aufbau der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Islam sowie der Ausbildung von Lehrern für islamischen Religionsunterricht rund 20 Millionen Euro zur Verfügung. Die in Deutschland ausgebildeten Imame sollen langfristig die aus der Türkei geholten Imame ersetzen, die oftmals nicht deutsch sprechen und nicht mit den Lebensumständen der Muslime in Deutschland vertraut sind.

## 4. Islamische Praxis

### 4.1. Feiertage

Die islamischen Feiertage beziehen sich auf besondere Ereignisse im Leben des Propheten Muhammad, durch die dem islamischen Verständnis zufolge eine besondere Begegnung mit der Allmacht Gottes erfolgte und sich eine besonders intensive Hoffnung auf die Entfaltung dieser Macht zugunsten der Menschen entwickelt hat. Diese Festtage beziehen sich auf den islamischen Kalender, der sich am Mond orientiert und daher mit kürzeren Monaten rechnet, weshalb die Festtermine jedes Jahr etwas anders liegen<sup>22</sup>.

In Deutschland gibt es keine gesetzlichen islamischen Feiertage; allerdings ist es geregelt, dass muslimische Schüler an ihren Feiertagen wie dem Zuckerfest oder dem Opferfest nicht zur Schule kommen müssen – in den Lehrerkalendern sind auch muslimische Feiertage eingetragen. Der Vorsitzende des Zentralrates der Muslime Aiman Mazyek fordert zudem, islamische Feiertage offiziell als deutsche Feiertage aufzunehmen – was aber nicht bedeuten sollte, diese allgemein zu schul- und arbeitsfreien Tagen zu machen. Dies betrachtete 2009 allerdings der Vorsitzende der Türkischen Gemeinde in Deutschland<sup>23</sup> Kenan Kolat als wünschenswert: An wichtigen muslimischen Tagen sollten alle Kinder frei haben. Die konkrete Forderung nach zumindest einem einzig freien islamischen Tag, auch für nicht muslimische Kinder, stieß auf Kritik von Seiten des Zentralrats der Muslime. Bereits im Jahr 2004 regte der Grünen-Politiker Hans-Christian Ströbele im Bundestag eine

<sup>21</sup> Das wird dazu beitragen, muslimische Anliegen als gesamtgesellschaftliche Querschnittsthemen in die Mitte der Gesellschaft zu tragen.

<sup>22</sup> Vgl. G. Hierzenberger, *Der Islam*, op. cit., S. 139.

<sup>23</sup> TGD.

Debatte über einen muslimischen Feiertag an. Dort stieß der Vorschlag allerdings auf starke Ablehnung.

Dieses Beispiel zeigt, dass auf dem Gebiet der Feiertage noch immer eine gewisse Zurückhaltung von Seiten der Regierung besteht.

#### 4.2. Scharia

Der arabische Ausdruck für Religionsgesetz ist Scharia. Man versteht darunter die Gesamtheit der dem Menschen geoffenbarten Willensäußerung Gottes bzw. die Regelung des vorgeschriebenen Verhaltens der Menschen zu Allah und untereinander bzw. die Beurteilung und Wertung aller Lebensverhältnisse auf der Basis des Koran und der Sunna sowie die Übereinstimmung der Traditionen der verschiedenen Madhhab (Rechtsschulen)<sup>24</sup>.

Anders als beispielsweise in Großbritannien gibt es in Deutschland keine islamischen Schiedsgerichte, die nach der Scharia, also den islamischen Gesetzen, rechtsprechen. Einige religiöse Vorschriften, die in der Scharia enthalten sind, lassen sich aber auch in Deutschland umsetzen, wie z.B. das Schächten, also das Ausbluten von Tieren bei der Schlachtung (allerdings schreibt das deutsche Gesetz eine Betäubung vor). Andere Schariagesetze stehen im Widerspruch zum deutschen Grundgesetz, wie z.B. die Ungleichbehandlung der Geschlechter und Religionen (Dhimmi und Harbi) sowie Körper- und Todesstrafen für Diebstahl und Ehebruch. Laut Rechtsexperten werden aber auch ohne eigene Schiedsgerichte in Deutschland durch deutsche Richter nach dem islamischen Gesetz Urteile gesprochen – so im Familien- und Erbschaftsrecht. Wenn beispielsweise ein Muslim im Ausland polygam geheiratet hat, dann ist diese Ehe auch in Deutschland gültig. Dies ist möglich, da seit dem Jahr 1900 bei privaten Rechtsbeziehungen (Verträge, Familienfragen, Erbrechtsfragen) ausländisches Recht angewandt werden darf; so kommt das islamische Recht genau wie das französische (Code civil) zum Zuge. Grundbedingung sei, dass das ausländische Recht nicht gegen die Ordre public, also das Grundlegende der inländischen Wertvorstellungen verstoßen darf. Hier zeigt es sich, dass auch in Deutschland die Scharia langsam Einfluss nimmt.

---

<sup>24</sup> Vgl. *ebd.*, 116; vgl. A. Renz, *Beten wir alle zum gleichen Gott? Wie Juden, Christen und Muslime glauben*, München 2011, S. 166f; vgl. M. Eliade, I.P. Couliano, *Das Handbuch der Religionen*, Düsseldorf 2004, S. 253.

### 4.3. Muezzinrufe

Traditionell ruft ein Muezzin die Muslime der Umgebung fünfmal am Tag von einem Minarett herab zum Gebet auf<sup>25</sup>. In Deutschland wird diese Praxis von Ort zu Ort unterschiedlich gehandhabt. Im Jahr 1995 wurde bei der Duisburger Stadtverwaltung von zwei muslimischen Gemeinden eine Genehmigung beantragt, den Gebetsruf einmal in der Woche verstärkt durch eine Lautsprecheranlage zu verkünden. Der Antrag löste eine landesweite Diskussion aus, und insbesondere die Evangelische Kirchengemeinde Duisburg-Laar lehnte, theologisch argumentierend, den öffentlichen Gebetsruf ab. Allerdings durften in anderen Städten Nordrhein-Westfalens zu der Zeit bereits Gebetsrufe durchgeführt werden. Nach einer erfolgreichen Klage im Jahr 1985 war die Dürener Fatih-Moschee die erste in der Bundesrepublik, in der ein Muezzin zum Gebet auffordern konnte. Dies darf dort fünfmal täglich erfolgen; in Siegen dreimal pro Tag, in Bochum einmal täglich und in Bergkamen einmal pro Woche. Auch in Dortmund, Hamm und Oldenburg wurden Anträge für Gebetsrufe von Moscheevereinen ohne Protest der Anwohner genehmigt. Im Jahr 2009 wehrten sich Bürger der Stadt Rendsburg in Schleswig-Holstein gegen die Pläne der dortigen Moschee, Lautsprecher an ihren zwei Minaretten anzubringen. Schließlich wurde 2010 dennoch der Antrag im Rathaus genehmigt, die Gebetsrufe dürfen fünfmal am Tag in der Zeit zwischen 6 und 22 Uhr ertönen; Rendsburg war damit nach Schleswig und Neumünster die dritte Stadt Schleswig-Holsteins, in der dies erlaubt wurde.

Grundsätzlich sind islamische Gebetsrufe in Deutschland durch die Religionsfreiheit geschützt. Sie können aber untersagt werden, wenn eine rechtliche Verletzung im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes vorliegt, sprich wenn die Lautstärke für Nachbarschaft oder Straßenverkehr zu hoch ist.

### 4.4. Halal-Lebensmittel

In Deutschland bieten verschiedene Lebensmittelhersteller Produkte an, die halal sind, also islamkonform gelten. Das bedeutet, dass die Tiere, deren Stoffe ein bestimmtes Produkt beinhaltet, geschächtet worden sein müssen; darüber hinaus dürfen sie kein Schweinefleisch enthalten. Das deutsch-holländische Unternehmen „Mekkafood“ beispielsweise hat sich auf die Herstellung halaler Lebensmittel spezialisiert. Andere Hersteller haben solche in ihr Sortiment aufgenommen,

<sup>25</sup> Vgl. A. Renz, *Beten wir alle zum gleichen Gott?*, op. cit., S. 124-126.

so z.B. Wiesenhof, Dr. Oetker, Müller, Nestlé Deutschland, Westfleisch, Nordmilch oder die Supermarktketten Aldi, Edeka und Rewe. Gekennzeichnet bzw. zertifiziert werden diese Produkte mit einem „Halal-Zeichen“, zuständig für die Zertifizierung ist unter anderem das Europäische Halal Zertifizierungsinstitut (EHZ), das seinen Sitz in der Centrum-Moschee in Hamburg hat. Nach zahlreichen Klagen der nicht muslimischen Bevölkerung urteilte ein deutsches Gericht 2002, dass das Schächten dann erlaubt sei, wenn es professionell durchgeführt werde. Das Gericht verhinderte damit einerseits die ausufernde Praxis der Selbstschlachtung, andererseits erteilte sie Schlachtern eine Genehmigung zum rituellen Schlachten, wenn diese nachweisen können, dass Tiere ohne Qual getötet werden. Dass das Urteil dennoch enorme Irritationen in der deutschen Bevölkerung auslöste, ist insofern nicht verständlich, denn ein ethischer Verstoß ist unter den gerichtlich geregelten Bedingungen nicht zu erkennen und um ein Sonderrecht handelt es sich nicht, lediglich um eine gerichtliche Klärung auf der Basis bestehender Rechte<sup>26</sup>.

## 5. Islamische Strömungen

Der Schlüssel zur Integration des Islam liegt in der Anerkennung der islamischen Regionsgemeinschaften. Das würde voraussetzen, dass die sich nach religiösen Kriterien selbst neu ordnen: Welche Gruppe ist „nur“ ein Interessenverband, welche eine Religionsgemeinschaft? Es bleibt aber die Frage, was passiert, wenn ein Verein religiöse Lehren verbreitet, obwohl er nicht als Kirchengemeinde anerkannt ist. Die Religionsfreiheit ist verfassungsrechtlich geschützt. Wagishauser plädiert für ein stärkeres Zusammenarbeiten der religiösen Gemeinschaften in Deutschland und wünscht sich eine „islamische Ökumene“. Die Fortschritte bei der islamischen Ökumene sind nach seiner Meinung den christlichen Kirchen zu verdanken<sup>27</sup>.

Rund 60% der deutschen Muslime sind Sunniten; die Aleviten machen 12% aus, die Schiiten 7%<sup>28</sup> die Ahmadiyya 1,7%. Das Jesidentum gehört als eigenständige kurdische und nicht missionierende Religion nicht zum Islam.

<sup>26</sup> Vgl. K. Hafez, *Freiheit, Gleichheit und Intoleranz...*, op. cit. S. 51f.

<sup>27</sup> N. Michel, *Herz und Taten beisammen*, [in:] „Die Tageszeitung“, 1.07.2013.

<sup>28</sup> *Islam-Kultur-Politik: Dossier zur Politik und Kultur*, www.kulturrat.de [Zugang: 10.02.2015].

## 5.1. Ahmadiyya

Die Ahmadiyya Muslim Jamaat (AMJ)<sup>29</sup> ist die erste muslimische Vereinigung in Deutschland, die als Körperschaft des öffentlichen Rechts anerkannt wurde.

Die Ahmadiyya, ein ursprünglich aus Indien<sup>30</sup> stammende islamische Glaubensrichtung, die allerdings von vielen anderen Muslimen als unislamisch angesehen wird, hat rund 30.000 Anhänger in Deutschland, die sich auf 220 Gemeinden verteilen<sup>31</sup>. Die beiden Untergruppen Ahmadiyya Muslim Jamaat<sup>32</sup> und die Ahmadiyya Anjuman Ischat-i-Islam Lahore<sup>33</sup> traten in den 1920er Jahren ungefähr zeitgleich missionarisch in Deutschland auf. Am 9. August 1955 gründete die AMJ in Hamburg den Verein Ahmadiyya Bewegung in der Bundesrepublik Deutschland, 1969 wurde der Vereinssitz nach Frankfurt a.M. verlegt. Im Jahr 1989 wurde von der Ahmadiyya Muslim Jamaat der 100-Moscheen-Plan ausgerufen, demzufolge in Deutschland 100 Moscheen für die Ahmadiyya entstehen sollen.

Die AMJ veranstaltet seit 1976 jedes Jahr eine Jahresversammlung, die sogenannte „Jalsa Salana“ an der durchschnittlich 30.000 Gäste teilnehmen. Sie wurde 1891 das erste Mal in Indien veranstaltet. In Deutschland halten auch Politiker Reden. Die Jugend- und Frauenorganisation der AMJ organisieren jährlich Sport- und Wissenswettbewerbe. Die AMJ betreibt auch karitative Projekte, teilweise auch in Kooperation mit der Hilfsorganisation „Humanity First“. Dazu gehören Blutspende-Aufrufe in den Gemeindezentren, Altenheimbesuche, Charity Walks, Baumpflanzungen, Aufräumaktionen nach Silvester und ähnliches. Der interreligiöse Dialog wird von der AMJ gepflegt

<sup>29</sup> Der Name der Gemeinschaft bezieht sich auf den Propheten Muhammad, dessen zweiter Name auch Ahmad ist. Vgl. S. Beyeler, V. Suter Reich, *Inkorporation von zugewanderten Religionsgemeinschaften in der Schweiz am Beispiel der Aleviten und der Ahmadiyya*, [in:] „Schweizerische Zeitschrift für Religions- und Kulturgeschichte“, Nr. 102, 2008, S. 233-259.

<sup>30</sup> Die 1889 in Indien von Mirza Ghulam Ahmad (1835-1908) gegründete AMJ versteht sich als Reformgemeinde innerhalb des Islams und gehört zu den „aktivsten, aber auch umstrittensten Bewegungen“. A. Lathan, *Reform, Glauben und Entwicklung: die Herausforderungen für die Ahmadiyya-Gemeinde*, [in:] D. Retz (hrsg.), *Islam in Europa: Religiöses Leben heute. Ein Portrait ausgewählter islamischer Gruppen und Institutionen*, Münster 2010, S. 79.

<sup>31</sup> Vgl. G. Hierzenberger, *Der Islam*, op. cit., S. 141f.

<sup>32</sup> AMJ.

<sup>33</sup> AAIII; in Deutsch: Lahore Ahmadiyya-Bewegung für die Verbreitung des Islam.

und hat schon Tradition. Bei dem „Tag der Religionsstifter“ wird über die Eigenschaften des jeweiligen Religionsstifters gesprochen. Es werden „gemeinsame philanthropische Unternehmungen“<sup>34</sup> geplant. Interreligiöse Dialoge sollen in einer kritischen und respektvollen Atmosphäre möglich sein. Am „Tag der offenen Moschee“ am 3. Oktober und in den interkulturellen Wochen beteiligt sich die AMJ deutschlandweit. Die Frauenorganisation betreibt Präventionsarbeit in Bezug auf Zwangsehen. 2012 eröffnete die AMJ das erste „Institut für islamische Theologie“ in Deutschland, in dem Imame ausgebildet werden. Bei der Ausbildung wird Wert darauf gelegt, neben der klassischen Unterrichtung in islamischer Theologie, Geschichte und Jurisprudenz sowie Koranexegese auch vergleichende Religionswissenschaft zu betreiben und die deutsche Sprache, Literatur, Kultur und Geschichte zu vermitteln.

## 5.2. Aleviten

Die türkischstämmigen Muslime in Deutschland, die zumeist aus dem Osten der Türkei stammen, gehören teilweise der Religionsgemeinschaft der Aleviten an<sup>35</sup>. Diese von Zentralasien nach Kleinasien (Anatolien) verbreitete Richtung wird ähnlich wie die Ahmadiyya von vielen als nicht islamisch verstanden, die Aleviten selber sehen sich teilweise als Strömung innerhalb der Schia, teilweise als „eigenständige Religionsgemeinschaft aus dem islamischen Kulturraum“, wie es der alevitische Grünen-Politiker Ali Ertan Toprak formulierte<sup>36</sup>. Der Grund für den in Deutschland verhältnismäßig großen prozentualen Anteil der Aleviten bei Muslimen türkischer Herkunft ist, dass viele Einwanderer aus alevitischen Regionen in der Türkei stammen. Zudem gab es in den 1980er Jahren eine verstärkte Einwanderungsquelle als Asylbewerber, da viele Aleviten vor dem Militärputsch 1980 Oppositionelle waren. Im Jahre 1986 wurde die Alevitische Gemeinde Deutschland<sup>37</sup> als Dachverband für die alevitischen Gemeinden gegründet, von denen mittlerweile 111 existieren. Der eingangs zitierte Toprak, der Generalsekretär der AABF war, betonte die weltliche Ausrichtung des alevitischen Glaubens; so gelte für die Aleviten nicht die Scharia, auch

<sup>34</sup> M.T. Ahmad, *Islam. Antworten auf Fragen unserer Zeit*, Frankfurt a. M. 2012, S. 79.

<sup>35</sup> Vgl. D. Pieper, R. Traub (Hrsg.), *Der Islam. 1400 Jahre Glaube, Krieg und Kultur*, München 2013, S. 242.

<sup>36</sup> *Zwischen allen Stühlen*, www.welt.de [Zugang: 10.02.2015].

<sup>37</sup> AABF.

das tägliche fünfmalige Gebet sei nicht relevant. Darüber hinaus besuchen Aleviten keine Moscheen; sie verrichten ihre Gebete in einem Cem-Haus, wo auch allgemeine Gemeindeversammlungen abgehalten werden. Der Vorstand einer Gemeinde stellt diesbezüglich auch kein Imam dar, sondern ein Dede.

### 5.3. Salafismus

Die Anhänger der Salafiyya stellen innerhalb der muslimischen Gemeinde eine kleine Minderheit dar, dennoch finden sie besonders unter jüngeren deutschen Muslimen Zuspruch, was unter anderem auf deren starke Internetpräsenz zurückzuführen ist<sup>38</sup>.

Der Salafismus gilt als eine ultrakonservative Strömung. Salafisten behaupten, dass alle Probleme nur durch uneingeschränkte Anwendung und strikte Ausrichtung des Lebens nach Koran und Sunna gelöst würden. Sie lehnen auch andere Muslime deutlich ab, da diese nicht den „wahren Glauben“ leben würden.

Eine besondere Rolle nimmt dabei der deutsche Konvertit Pierre Vogel ein; auch der radikalislamische Verein „Einladung zum Paradies“, mit dem Vogel in Verbindung gebracht wurde, war bis zu seiner Auflösung 2011 fester Bestandteil der Szene. Vogel erlangte Bekanntheit durch landesweite Vortragsreisen sowie zahlreiche im Internet veröffentlichte Videos, in denen er eine dem Salafismus entsprechende strenge Ausrichtung des Islams predigt, und gilt nach Einschätzung von Sicherheitsbehörden als die einflussreichste Person der deutschen Konvertitenszene. Die rigiden Richtlinien machen diese spezielle islamische Strömung für viele Jugendliche attraktiv, da sie Sicherheit, Zugehörigkeitsgefühl und ein klar strukturiertes Weltbild gibt. Aufgrund seiner Ansichten, wie der religiösen Legitimation der Todesstrafe durch Steinigung und des Vorzugs der Scharia vor dem Grundgesetz, sowie seiner äußerst intensiven, teilweise öffentlichen Missionierungsarbeit werden Vogel und seine Anhänger von vielen Seiten stark kritisiert; zudem wurden Mitglieder der EZP vom Verfassungsschutz beobachtet. Die öffentliche Ausübung des Gebets durch rund 300 Salafisten des EZP auf einem Marktplatz im Mönchengladbacher Stadtteil Eicken rief 2010 unter der Bevölkerung starken Protest hervor. Im Jahre 2012 machte der salafistische Kölner Ibrahim Abou-Nagie mit einer Missionierungskampagne auf sich aufmerksam, bei der in mehreren deutschen Großstädten kostenlose Koran-Ausgaben verteilt wurden.

<sup>38</sup> *Glossar: Salafismus*, [www.bpb.de](http://www.bpb.de) [Zugang: 10.02.2015].

Im Juni 2012 erließ der Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich ein Verbot gegen das islamische Netzwerk Millatu Ibrahim. Zuvor fanden Razzien in sieben Bundesländern statt, bei denen die Polizei Objekte neosalafistischer Gruppen durchsuchte. Gegen zwei weitere Gruppierungen, Dawa FFM und „Die Wahre Religion“, wurden Ermittlungsverfahren eingeleitet.

In jüngster Zeit hat sich in Dortmund eine Salafistenszene gebildet. Unter dem Deckmantel „Brunnenbau für Afrika“ wird offen dazu aufgerufen, in den bewaffneten Kampf nach Syrien und Ägypten zu ziehen. Für Islamexperten sind derartige Treffen „Durchlauferhitzer“, die dafür sorgen können, dass junge Muslime sich radikalisiert. Auch der Verfassungsschutz sieht hier eine große Gefahr. Die Zahl der Salafisten ist in den vergangenen Jahren in Deutschland und NRW sprunghaft angestiegen. Allein in NRW soll sich die Zahl der Salafisten in den vergangenen drei Jahren auf inzwischen 1.500 verdreifacht haben. Jeder zehnte Salafist wird laut Innenministerium als gewaltbereit eingestuft<sup>39</sup>.

#### 5.4. Schiiten

Das Schiitentum bzw. die Schia ist die zweitgrößte Glaubensrichtung innerhalb des Islam (weltweit 10% Schiiten gegenüber 90% Sunniten)<sup>40</sup>. Die Entstehung dieser Konfession geht auf Ali ibn Abi Talib zurück, einen Schwiegersohn und Vetter des Propheten Mohammed; Ali soll von Mohammed als dessen Nachfolger designiert worden und nach schiitischer Auslegung somit der einzig rechtmäßige Nachfolger Mohammeds sein – die Schiiten sehen ihn als ihren ersten Imam an<sup>41</sup>. Er ist 20 Jahre nach Mohammeds Tod zum vierten Kalifen erhoben worden. Diese Entscheidung stieß bei anderen Muslimen auf Kritik. Ali und seine Parteigänger (arab. Schia, „Partei“) gingen in den Irak. Nach Alis Ermordung 661 verzichtete Hassan, Alis ältester Sohn aus der Ehe mit Fatima auf das Kalifat. Der jüngere Sohn Hussein versuchte 680 mit einigen Getreuen, den Umajjaden-Kalifen Jasid I. militärisch zu besiegen. Bei Kerbela wurden Hussein und seine Mitstreiter besiegt.

<sup>39</sup> T. Grossekemper, *Demokratie nicht für Muslime*, [in:] „Ruhr Nachrichten“, 2.09.2013.

<sup>40</sup> Die Spaltung zwischen den beiden größten islamischen Gruppen – Sunniten und Schiiten – ist fast so alt wie der Islam selbst.

<sup>41</sup> Vgl. D. Pieper, R. Traub (Hrsg.), *Der Islam..*, op. cit., S. 266f; vgl. G. Hierzenberger, *Der Islam*, op. cit., S. 123, 154; vgl. M. Eliade, I.P. Couliano, *Das Handbuch der Religionen*, op. cit., S. 250f.

Erst nach dieser Niederlage bekommt die „Partei Alis“ den religiösen Charakter. Im 10. Jahrhundert förderten die Herrscher im Irak die Schia. 1501 kam in Iran die schiitische Dynastie der Safawiden an die Macht, die das sunnitische Land „schiitisierte“. Heute machen die Schiiten etwa zehn Prozent aller Muslime aus. Die in Deutschland lebenden Schiiten stammen zumeist aus dem Iran, die im Zuge der Islamischen Revolution und des Iran-Irak-Krieges in den 80er Jahren vermehrt einwanderten; andere Herkunftsländer sind der Irak, Afghanistan und Libanon. Mittelpunkt des schiitischen Islam in Deutschland ist das Islamische Zentrum Hamburg<sup>42</sup> mit der dazugehörigen Imam-Ali-Moschee. Leiter der IZH ist derzeit Ajatollah Dr. Reza Ramezani; das IZH ist direkt dem Obersten Rechtsgelehrten der Islamischen Republik Iran unterstellt.

### 5.5. Sufismus

Als Sufismus werden mystische Strömungen im Islam bezeichnet, deren Traditionen teilweise bereits vor dem Auftreten des Islam entstanden<sup>43</sup>. In der islamischen Mystik blieb Gott der eine und allmächtige: Die Gottheit Gottes löst sich selbst im Sufismus nicht in einen kosmischen Pantheismus auf und die Liebe zwischen dem Geschöpf und dem Schöpfer ist und bleibt eine Liebe zwischen zwei ungleichen Partnern. Nicht Einswerdung, sondern „Entwerdung“ der menschlichen Seele im Allmächtigen war und ist das Ziel der Sufi. Seit dem 12. Jh. organisierten sich diese Strömungen in Sufi-Orden<sup>44</sup>. Erste Sufi-Gemeinschaften in Deutschland wurden in den 20er Jahren gegründet, größtenteils jedoch erst in den 1970ern<sup>45</sup>. Der sufi-Orden, dem die meisten deutschen Muslime angehören, ist die Naqshbandiyya, welcher nach den Lehren Scheichs Nazim al-Haqqani arbeitet.

Derzeit aktive sufistische Organisationen sind beispielsweise das Suf-Zentrum in Berlin-Neukölln, der Haqqani Trust – Verein für neue deutsche Muslime in Mönchengladbach und die Tarrīqa-as-safīnah um Schech Ahmad Dultz.

---

<sup>42</sup> IZH.

<sup>43</sup> Vgl. D. Pieper, R. Traub (Hrsg.), *Der Islam...*, op. cit., S. 269; vgl. M. Eliade, I.P. Couliano, *Das Handbuch der Religionen*, op. cit., S. 256-261.

<sup>44</sup> D. Pieper, R. Traub (Hrsg.), *Der Islam...*, op. cit., S. 269.

<sup>45</sup> L. Schleißmann, *Sufismus in Deutschland. Deutsche auf dem Weg des mystischen Islam*, Köln 2003, S. 5.

## 6. Konversion zum Islam

Über die Zahl der Menschen, die in Deutschland zum Islam konvertieren, gibt es keine regelmäßig erhobenen Angaben. Aus einer vom Bundesinnenministerium geförderten und vom Islam – Archiv in Soest durchgeführten Studie Mitte der 2000er Jahre wurde scheinbar ersichtlich, dass es 2004/05 1152 Konvertiten gab, zwischen August 2005 und Juli 2006 vervierfachte sich die Zahl demnach schließlich auf rund 4000 – so hoch wie seit 1920 nicht mehr: In den Jahren vor den Anschlägen vom 11. September 2001 waren es nach Angaben des Islam-Archivs nur 250 bis 300<sup>46</sup>. Diese vom Islam-Archiv erhobenen Zahlen seien allerdings nach Ansicht einiger Muslime und Islamwissenschaftler nicht repräsentativ und nicht stichhaltig; Vertreter von DITIB und Milli Görüs haben nach eigenen Aussagen nicht mit dem Islam-Archiv zusammengearbeitet. Der Leiter des Archivs, Muhammad Salin Abdullah, sprach hingegen von einer „Vollerhebung bei allen islamischen Verbänden sowie ausgewählten Moscheen“. Allerdings zweifeln auch ehemalige Mitarbeiter des Islam-Archivs an der Aussagekraft der Studie.

Die Gründe für einen Übertritt seien nach der Religionspädagogin Monika Wohlrab-Sahar vielschichtig: Während früher größtenteils Frauen den Glauben annahmen, die einen Muslimen geheiratet haben, konvertierten nun Menschen vermehrt aus „freien Stücken“. Dabei handelt es sich sowohl um Christen, die an ihrer Konfession zu zweifeln begannen, als auch um Menschen, die sich durch das „Andersartige“ von der Masse abheben wollen. Konvertierte Deutsche wurden dabei unter anderem recht kritisch betrachtet, da einige von ihnen dazu neigen, sich radikale Ansichten anzueignen, also zum Islamismus tendieren. Nach einer Analyse des Bundeskriminalamtes von 2010 stuften deutsche Polizeibehörden elf Konvertiten als „Gefährder“ sowie 26 als „relevante Personen“ ein. Sie stehen unter Verdacht, islamistisch motivierte Terroranschläge zu planen.

Laut der Anthropologin Esra Özyürek nehmen deutsche Konvertiten eine wichtige Brückenfunktion ein: Sie seien Vermittler zwischen den muslimischen Migranten und nicht-muslimischen Deutschen. Durch ihre Arbeit in ihren muslimischen Gemeinden seien sie ein Gewinn für die Integration, so geben sie dort Deutschunterricht und hinterfragen patriarchalische Strukturen. Die wenigsten Konvertiten würden radikal werden.

---

<sup>46</sup> Interview zur Verhaftung deutscher Konvertiten und ihrer Rolle innerhalb des islamischen Extremismus, [www.islaminstitut.de](http://www.islaminstitut.de) [Zugang: 10.02.2015].

## 7. Wahrnehmung des Islam und der Muslime in Deutschland

Die Deutschen haben einer repräsentativen Studie zufolge eine negativere Haltung zum Islam als andere Europäer. Das ist das Ergebnis einer Studie des Exzellenzclusters „Religion und Politik“ der Universität Münster. 58% der Westdeutschen und 62% der Ostdeutschen haben demnach eine negative Haltung gegenüber Muslimen, nur 34% denken positiv über den Islam<sup>47</sup>. Die Deutschen sehen den Islam deutlich kritischer als ihre europäischen Nachbarn. 40% der Westdeutschen und 50% der Ostdeutschen fühlen sich durch fremde Kulturen bedroht, ergab eine Umfrage des Exzellenzclusters „Religion und Politik“ an der Universität Münster in mehreren europäischen Ländern. Der Satz: „Der Islam gehöre zu Deutschland“, geht völlig am Empfinden der Deutschen vorbei.

Weniger als 5% der Deutschen, aber mehr als 20% der Dänen, Franzosen und Niederländer halten der Studie zufolge den Islam für tolerant. In den alten Bundesländern denken nur 34% positiv über Muslime, in Ostdeutschland 26%. Die meisten Deutschen sehen kaum positive Seiten des Islam.

Demgegenüber befürwortete Bundeskanzlerin Angela Merkel die Initiative ihres Innenministers Wolfgang Schäuble als dieser 2006 die Deutsche Islam Konferenz gründete und den Islam als „Teil Deutschlands“ bezeichnete. Merkel selbst empfing die Deutsche Islam Konferenz 2009 im Bundeskanzleramt. Als ein Jahr später das Mitglied der Bundesbank, Thilo Sarrazin, junge Musliminnen als „Kopftuchmädchen“ beschimpfte und von einer angeborenen Unfähigkeit türkischer Einwanderer sprach, war Merkel eine der ersten, die seinen Rücktritt forderte. Zwar wiederholte sie zur gleichen Zeit ihre Behauptung, die multikulturelle Gesellschaft sei gescheitert, pflichtete aber in derselben Rede Bundespräsident Wulffs Satz „Der Islam gehört zu Deutschland“ bei<sup>48</sup>.

Wenn der Islam zu Deutschland gehört, läge es nahe, dass die Länder für die Finanzierung und Ausbildung der Imame sorgen. In NRW werden schon Religionslehrer in Münster ausgebildet. Aber die Länder können nicht sicherstellen, dass auch alle Imame in Deutschland ausgebildet werden. Es wäre wünschenswert, wenn die Imame in Deutschland auf Deutsch predigen würden und hier auch theologisch ausgebildet würden, weil sie den direkten Einfluss auf die Gemeinden haben. Jahrzehntlang wurden sie von der Türkei entsandt, ohne dass jemand daran Anstoß nahm. Und die Türkei ist es, die Vereine wie DI-

<sup>47</sup> [www.welt.de/politik/deutschland](http://www.welt.de/politik/deutschland) [Zugang: 10.02.2015].

<sup>48</sup> Vgl. K. Hafez, *Freiheit, Gleichheit und Intoleranz...*, op. cit., S. 62f.

TIB finanziell unterstützt, die ihrerseits Moscheegemeinden koordinieren. Da aber viele dieser Imame nicht die deutsche Sprache sprechen und unsere kulturellen Gepflogenheiten nicht kennen, sei das für Intergration, Seelsorge und den religiösen Dialog hinderlich.

Wenn der Islam „Teil Deutschlands“ geworden ist, stellen sich neben der Frage der Imamausbildung auch noch die Fragen des Religionsunterrichts für junge Muslime an öffentlichen deutschen Schulen, der Arbeit islamischer Gemeinden im deutschen Alltag, der Bau von Moscheen, der Umgang mit dem religiösen, sozialen und kulturellen „Anderssein“ der muslimischen Mitbürger seitens der christlichen Mehrheitsgesellschaft<sup>49</sup>.

Trotz der großen Zahl der Muslime in Deutschland – rund vier Millionen (dies sind rund 5% der Gesellschaft), hat das Thema der Institutionalisierung des Islams nur wenig politische Aufmerksamkeit erhalten. Eine Zäsur stellt die Einrichtung einer ständigen Deutschen Islam Konferenz – unter Federführung des Bundesinnenministeriums – da. In dieser Konferenz werden folgende Themen behandelt: Die rechtliche Gleichstellung von Muslimen durch die Einführung eines konfessionellen islamischen Religionsunterrichts, die Ausbildung von Lehrkräften für diesen Unterricht sowie die Ausbildung von Geistlichen und sozialpädagogischen Gemeindehelfern. Diese Themen führten zu rechtlichen und institutionell – organisatorischen Neuerungen.

## 8. Interreligiöser Dialog

Die Bischöfe in Deutschland haben sich für eine Zusammenarbeit mit den Muslimen im Namen des Glaubens ausgesprochen. Am 27. September 2002 veröffentlichte die Deutsche Bischofskonferenz eine umfangreiche Stellungnahme zum interreligiösen Dialog<sup>50</sup>. Die Stellung-

<sup>49</sup> Unsere demokratischen Grundsätze und Grundrechte sehen freie, ungestörte Religionsausübung (Artikel 4 Absatz 2 Grundgesetz; Artikel 10 Absatz 1 Charta der Grundrechte der Europäischen Union). Damit sollte der Islam in den öffentlichen Schulen Deutschlands „ordentliches Lehrfach“ sein (Artikel 7 Absatz 3 Satz 1 Grundgesetz). Die bei uns lebenden Muslime haben Anspruch auf qualifizierten Religionsunterricht, auf die Ermöglichung von Forschung und Lehre zum Islam an den Hochschulen, auf den Bau von Gotteshäusern (Moscheen) und die Ausübung von Gottesdiensten, Bräuchen und Riten.

<sup>50</sup> Die Stellungnahme wurde ergänzt durch *Leitlinien für multireligiöse Feiern von Christen, Juden und Muslimen. Eine Handreichung der Deutschen Bischöfe*. Diese Handreichung wurde am 25. Januar 2003 als „Arbeitshilfen“, Nr. 170 veröffentlicht und am 24. Juni 2008 in einer überarbeiteten und aktualisierten Auflage. In den „Arbeitshilfen“, Nr. 172 – *Christen und Muslime in Deutschland* vom 23.

nahme zum interreligiösen Dialog, die sich wesentlich an den Aussagen des II. Vatikanums und an der Erklärung *Dominus Iesus* aus dem Jahre 2000 orientiert, besteht praktisch aus dem großen Eröffnungsreferat des damaligen Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Karl Kardinal Lehmann, zur Eröffnung der Herbstvollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz am 23.09.2002 in Fulda<sup>51</sup>. Er hat in seinem Referat die Bewertung anderer Religionen durch christliche Theologen dargestellt und die Position des II. Vatikanums. Dann formuliert er einige grundsätzliche Anforderungen an den interreligiösen Dialog und Kriterien für diesen Dialog. Als grundsätzliche Anforderungen für den Dialog werden genannt: Dass man einen universalen und menschlichen Horizont voraussetze, den Dialog nur auf der Ebene von Gleichen führe.

Für den Dialog selbst werden folgende Kriterien genannt: Es muss erkennbar sein, dass jede Religion auf Gott bezogen ist; Religion müsse sich den existenziellen Fragen der Menschen stellen. Dabei aber habe sie zwischen Zeit und Ewigkeit, Geschichte und Transzendenz, Menschenherrschaft und Gottesherrschaft zu unterscheiden. Jede Religion müsse die gleiche Würde aller Menschen wahren, die Freiheit des Menschen fördern. Wahre Religion müsse deutlich machen, dass es eine persönliche Verantwortung des Menschen gebe. Sendung und Dienst gehören zu jeder wahren Religion. Eine recht verstandene Religion sei frei von (missionarischer) Gewalt. Die Frage nach der Gewalt sei elementar für jede Religion. Jede Religion müsse sich schließlich zur Religionsfreiheit bekennen.

Das II. Vatikanum hatte eine „Erklärung über die Religionsfreiheit“ (*Dignitatis humanae*) verabschiedet<sup>52</sup>. Das Dokument über die Religionsfreiheit spricht nicht ausdrücklich vom Islam sondern unterstreicht die Freiheitslehre, ohne die ein Rechtsstaat nicht existieren kann. Die Lehre besteht aus drei Grundsätzen: „Alle Menschen sind ihrerseits verpflichtet, die Wahrheit, besonders in dem, was Gott und seine Kirche angeht, zu suchen und die erkannte Wahrheit aufzunehmen und zu bewahren“<sup>53</sup> (1), das Konzil bekennt sich dazu, „dass diese Pflicht

---

September 2003 wird ausführlich auf Gemeinsames und Trennendes zwischen Christen und Muslimen hingewiesen. Es wird auch die Präsenz der Muslime in unserer Gesellschaft dargestellt. Dort wurden viele Einzelfragen behandelt.

<sup>51</sup> K. Lehmann, *Das Christentum – eine Religion unter anderen? Zum interreligiösen Dialog aus katholischer Perspektive*, Bonn 2002.

<sup>52</sup> Diese Erklärung wird bis heute in traditionalistischen katholischen Kreisen zurückgewiesen. Vgl. W. Beinert (Hrsg.), *Katholischer Fundamentalismus. Häretische Gruppen in der Kirche?*, Regensburg 1991.

<sup>53</sup> *Dignitatis humanae*, Nr. 1.

ten die Menschen in ihrem Gewissen berühren und binden, und anders erhebt die Wahrheit nicht Anspruch als Kraft der Wahrheit selbst, die sanft und zugleich stark den Geist durchdringt“<sup>54</sup> (2), „ferner erklärt das Konzil, das Recht auf religiöse Freiheit sei in Wahrheit auf die Würde der menschlichen Person selbst gegründet, so wie sie durch das geöffnete Wort Gottes und durch die Vernunft selbst erkannt wird“<sup>55</sup> (3).

Die Lehre von der Gewissens- und Religionsfreiheit zählt zu den Verdiensten des Zweiten Vatikanischen Konzils. Das Konzil begründet Wahrheit mit Toleranz und Toleranz gerade auf Grund der Wahrheit.

Diese drei grundlegenden Lehren bilden eine tragfähige Basis für die gute Begegnung mit dem Islam und das friedliche Zusammenleben von Christen und Anhängern anderer Religionen in Deutschland, in Europa und in der ganzen Welt. Die Christen und andere Europäer müssen alles versuchen, um mit den Muslimen auf der Basis einer guten Rechtsordnung zu einem friedlichen Miteinander zu gelangen. Gemeinsame Grundlage unseres Dialoges ist es, dass es auch in Fragen der Religion Wahrheit gibt. Aber eine dieser Wahrheiten lautet: In Fragen der Religion darf niemand gezwungen werden. Die Religionsfreiheit ist der Garant des Respektes vor jeder anderen Freiheit. Die Freiheit des religiösen Bekenntnisses ist eine tragende Säule der Menschenrechte überhaupt und für eine plurale Gesellschaft eine Voraussetzung für ein friedliches Zusammenleben der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen.

Nur deswegen, weil viele Muslime in Deutschland bzw. in Europa leben, kann man noch nicht von einem deutschen bzw. europäischen Islam reden. Zu einem deutschen bzw. europäischen Islam gehört die Klärung ihrer grundsätzlichen Haltung zu wichtigen Aspekten des Lebens in Deutschland bzw. Europa: Demokratie, Religionsfreiheit, Menschenrechte, Familienordnung und damit die rechtliche Stellung der Frau und das Strafrecht<sup>56</sup>.

Man kann sagen, dass der Islam in Deutschland immer mehr Verständnis findet. Trotzdem gibt es immer noch Hindernisse, die das Zusammenleben erschweren. Trotz aller Hindernisse muss der Dialog gesucht und die Zusammenarbeit gewagt werden.

In unserer durch mannigfaltige Krisen geschüttelten Welt ist es eine dringende Notwendigkeit, dass Christen und Muslime den Weg

<sup>54</sup> Ebd.

<sup>55</sup> Ebd., Nr. 2.

<sup>56</sup> Vgl. A.T. Houry, *Kommen Muslime in den Himmel? Gelangen Christen ins Paradies? Beiträge zum christlich-islamischen Dialog*, Würzburg 2007, S. 115f.

zu einem aufgeschlossenen Dialog und zu einer fruchtbaren Zusammenarbeit finden. Es gibt dazu keine wirkliche Alternative<sup>57</sup>. Der interreligiöse Dialog dient dem gegenseitigen Verstehen der Religionen und der Völker und so dem Weltfrieden<sup>58</sup>.

Der Dialog soll als Weg zu einer wirksamen Versöhnung verstanden werden, aber auch zu einer Kultur des Friedens und einer Zivilisation der Barmherzigkeit<sup>59</sup>.

Angestrebt wird auch eine ehrliche Zusammenarbeit, um die Gegenwart zu befrieden, die Zukunft aufzubauen im Geiste der Geschwisterlichkeit. So kann unsere Welt eine Welt für alle werden, in der wir unsere gemeinsamen Probleme gemeinsam lösen.

Mögen in Deutschland die Begegnungen zwischen Muslimen und Christen die gemeinsamen Grundlagen für ein Zusammenleben und -arbeiten in Solidarität und Frieden fördern.



JOACHIM NOWAK  
**Islam in Germany**

### Abstract

There are approximately 1.3 billion Muslims in the world. In Germany, they make up 5% of the population. 1.8 million of them have German citizenship. As for 2008, 63% of the Muslim population in Germany was of Turkish origin. The German Islam Conference, started in 2006 in Berlin, seeks to provide a national framework for dialogue between the German state and Muslims living in Germany and improve religious, social and political integration of Muslims into German society.

In 1978, a request to introduce Islamic classes was submitted for the first time. In the 1980s Bavaria and North Rhine-Westphalia introduced "religious instruction" for Muslim pupils (within the framework of instruction in their mother tongue, i.e. Turkish). Since 2000 the instruction is given also in the German language. In 2010 the German Council of Science and Humanities decided to establish "Islamic centers" at German universities. Two years later, the University of Tübingen inaugurated the Center for Islamic Theology for the education of islamologists, imams and Muslim "religious instructors".

<sup>57</sup> Vgl. A.T. Houry, *Kommen Muslime in den Himmel?*, op. cit., S. 117.

<sup>58</sup> Vgl. A. Günthör, *Sind alle Religionen gleich?*, op. cit., S. 72.

<sup>59</sup> A.T. Houry, *Kommen Muslime in den Himmel?*, op. cit., S. 7.

There are no legally recognised Muslim holidays in Germany. Recently, the Secretary General of the Central Council of Muslims in Germany, Aiman Mazyek, has called to do so. Unlike in Great Britain, there are no Muslim arbitration courts issuing pronouncements based on the Sharia law. But the Muslim call to prayer is covered by the right of the freedom of religion. In 2004-2005 there were 1.152 conversions to Islam in Germany.

**Keywords:** Islam, Germany, German Islam Conference, integration, religious instruction, sharia law.

JOACHIM NOWAK

### Świat muzułmański w Niemczech

#### Streszczenie

Szacuje się, że 1,3 miliarda ludzi całego globu wyznaje islam. W Niemczech 5% społeczeństwa przyznaje się do tej religii (1,8 miliona to obywatele niemieccy). W roku 2008 około 63% muzułmanów żyjących w Niemczech miało tureckie pochodzenie. Powstała w 2006 roku Niemiecka Konferencja ds. Islamu ma na celu religijną i społeczno-polityczną integrację ludności muzułmańskiej w Niemczech. W 2006 w Berlinie odbyła się pierwsza Niemiecka Konferencja Muzułmańska. Jej celem było nawiązanie dialogu pomiędzy państwem niemieckim a muzułmanami w Niemczech.

W roku 1978 w Niemczech został po raz pierwszy złożony wniosek o wprowadzenie islamskich lekcji religii. W latach 80. Bawaria i Nadrenia-Westfalia wprowadziły „naukę religii” dla muzułmańskich uczniów (w ramach lekcji ojczystego języka tureckiego). Od roku 2000 lekcje te prowadzone są również po niemiecku. W 2010 roku Rada Naukowa zdecydowała o założeniu „islamskich ośrodków” na niemieckich uniwersytetach. W 2012 na uniwersytecie w Tybindze rozpoczęło swoją działalność Centrum Teologii Islamskiej, kształci ono islamologów, imamów oraz islamskich „nauczycieli religii”.

W Niemczech nie ma państwowych świąt islamskich. Przewodniczący Centralnej Rady Muzułmanów Aiman Mazyek domaga się, aby święta islamskie były oficjalnie przyjęte jako niemieckie święta. W Niemczech (inaczej jak np. w Wielkiej Brytanii) nie funkcjonują „islamskie sądy polubowne” wydające wyroki według szariatu. Natomiast islamskie zwoływanie na modlitwę chronione jest prawem wolności religijnej. W latach 2004-2005 1.152 osoby przeszły na islam.

**Słowa kluczowe:** islam, Niemcy, Niemiecka Konferencja ds. Islamu, integracja, wychowanie religijne, prawo szariatu.